



Antikriegstag 2014

Gedenken heißt:

NEIN ZUM KRIEG!

Vor 75 Jahren, am 1. September 1939, begann das faschistische Deutschland mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg, der in der Ermordung von sechs Millionen Juden, Sinti und Roma gipfelte. Bei den von Deutschen geplanten und ausgeführten Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung starben im Kriegsverlauf zwischen 24 und 40 Millionen Bewohner der damaligen Sowjetunion sowie etwa 2,7 Millionen deutsche Soldaten. Dieser Krieg gilt wegen seiner verbrecheri-

schen Ziele, Kriegführung und Ergebnisse als der „ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt“.

DIE LINKE gedenkt der Toten des zweiten Weltkrieges und ruft 75 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkrieges und 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges dazu auf, Krieg endlich als Mittel der Politik auszuschließen. „Nie wieder Krieg“ ist für uns historische und aktuelle Verpflichtung. DIE LINKE wendet sich in aller Entschie-

denheit gegen eine Militarisierung der deutschen Außen- und Innenpolitik. Die Aufrufe des Bundespräsidenten Joachim Gauck, „auch zu den Waffen zu greifen“ weisen wir zurück. DIE LINKE will konsequent eine Zivilisierung der Außenpolitik. Der NATO-Generalsekretär kündigte an, dass höhere Militärausgaben beim NATO-Gipfel am 4./5. September in Wales „ein wichtiger Punkt“ seien. DIE LINKE lehnt auch diese weitere Aufrüstung ab. Die internationale Politik der LINKEN zielt auf Abrüstung und Entmilitarisierung. Derzeit ist Deutschland der weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen. Jede Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes und fördert, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgeglichen werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Kosten des Sportzentrums verdreifacht

Die Kosten 2015 für das Sportzentrum werden inzwischen mit 970.000€ angegeben. Im Jahre 2005, als das Sportzentrum beschlossen wurde, ging die Verwaltung in Ihrer Vorlage noch von 324.000€ Betriebskosten für das komplette Sportzentrum (also inkl. Leichtathletikplatz, Stadion und Hausmeister) aus. Nicht eingerechnet sind in beiden Zahlen die Kosten für die Spezialbusse, die die Schüler von den Schulen dorthin zum Sportunterricht fahren müssen.

Nochmal mehrere 10.000€ im Jahr.

Als im Jahr 2005 im Rat der Stadt Velbert das Sportzentrum beschlossen

wurde, begründete die Ratsmehrheit das mit einem angeblichen Kostenvorteil der Neubaulösung auf der Deponie. Unsere Ratsmitglieder stimmten diesem Plan nicht zu, unter anderem weil sie diese Behauptung der Verwaltung in Zweifel zogen.

Rechnet man nun die damaligen Betriebskosten von Wasserturm, Sonnenblume und Platz am Berg (der sollte ja auch abgerissen werden) gemäß der jährlichen Inflation hoch, kommen wir dafür auf nur 192.000€, inklusive Hausmeister.

Es ist beim besten Willen nicht zu erkennen, warum die Betriebskosten der bestehenden Anlagen im Falle einer Sanierung übermäßig hätten steigen müssen. Anders ausgedrückt: Das Sportzentrum kostet uns schon



Michael Alfermann
(Sachkundiger Bürger)

unfertig jährlich dreimal so viel wie ursprünglich geplant und fünf Mal so viel wie eine Sanierung.



Fortsetzung...

In Afghanistan und insbesondere auch im Irak stehen die kriegführenden Staaten vor den Trümmern ihrer eigenen militärischen Logik. Mit der Waffe in der Hand lässt sich keine Demokratie verbreiten, lassen sich keine Konflikte lösen, lassen sich keine Menschenrechte schützen.

Noch nie zuvor hat eine Bundesregierung in so kurzer Zeit so viele Auslandseinsätze der Bundeswehr im Bundestag beschließen lassen, wie die derzeitige CDU/CSU/SPD-Bundesregierung. DIE LINKE fordert ein Ende dieser Bundeswehreinsätze. Jetzt soll ausgerechnet am 1. September, am Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges, über Waffenlieferungen in den Kriesenherd Irak beraten werden. Das ist makaber und zynisch. DIE LINKE fordert ein Verbot von Rüstungsexporten - ohne Ausnahmen.

Waffen für den Frieden?

Wenn es doch nur ein unglaublich geschmackloser Scherz wäre. Ausgerechnet am 1. September will die Regierung im Bundestag ein bisschen über Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet Nordirak debattieren, aber keinesfalls auch abstimmen lassen. Zur Erinnerung für Angela Merkel: Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht das Nachbarland Polen und löste damit den Zweiten Weltkrieg aus. 60 Millionen Tote waren die Folge.

Wir fordern den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte - nicht nur in den Nahen Osten. Abrüstung jetzt!

Wir fordern Schluss mit deutschen Auslandseinsätzen. Bundeswehr abschaffen!

Wir fordern eine Flüchtlingspolitik, die Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten Zuflucht bietet. Bleiberecht für alle!

Jede Waffe
findet ihren Krieg.
**Waffenexporte
stoppen!**

Die Fraktion stellt sich vor

Im Mai wurden 3 Velberter Linke von euch ins Rathaus gewählt. Hier wollen wir sie kurz vorstellen, damit Sie wissen, an wen Sie euch wenden können, wenn Sie Kontakt ins Velberter Rathaus wollen.

Fraktionsvorsitzender ist unser Bürgermeisterkandidat Harry Gohr. Harry ist schon seit 1999 in der Velberter Politik engagiert. Er ist verheiratet, hat zwei Söhne und drei Enkelkinder und ist 64 Jahre alt.

Bei den Wuppertaler Stadtwerken AG war er ein Vierteljahrhundert im Betriebsrat und seit über 40 Jahren in der Gewerkschaft. Bei ver.di war er Vertrauensmann und gehörte dem Kreisvorstand Wuppertal an. Außerdem ist er Kreisvorsitzender des gewerkschaftlichen Autoclubs Europas (ACE).



Unsere Ratsmitglieder: Ingrid Schween, Harry Gohr und Sonja Spiekermann (v.l.n.r.)

Stellvertreterin ist Ingrid Schween. Die 51 Jahre alte Sozialarbeiterin bietet seit 5 Jahren mit zwei Kollegen ehrenamtlich Sozialberatung an. Außerdem ist sie Orts- und Kreissprecherin der Linken. Sie engagiert sich für ein soziales, menschliches Velbert, in dem die Interessen der Menschen mehr zählen als die von Investoren.

Spiekermann. Sie ist 60 Jahre alt, gelernte Buchhändlerin, seit fast 39 Jahren verheiratet und wohnt seit 54 Jahren im Langenhorst. Sie ist seit frühester Kindheit politisch engagiert und möchte sich vor allem gegen Privatisierungen und den Ausverkauf städtischen Vermögens einsetzen.

Joschka Baum
(Stadtverbandssprecher)

Die Dritte im Bunde ist Sonja

Gesetzliches Verbot für Waffenexporte beschließen



Zur Debatte über eine Mandatierung des Bundestages für die von Frank-Walter Steinmeier und Ursula von der Leyen angekündigte Lieferung von Waffen an die nordirakische Kurdenregierung erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi:

„Der Bundestag muss dringend über eine gesetzliche Regelung zu deutschen Waffenexporten beraten und beschließen. Die Aussagen der Grünen und der anderen, wonach Deutschland bei einer Waffenlieferung an die Kurden im Irak erstmalig Waffen in ein Land lieferte, das sich im Kriegszustand befindet, sind eindeutig falsch und leicht zu widerlegen.“

Zu jeder Zeit wurden Waffen an Israel geliefert, obwohl die israelische Regierung immer wieder erklärt, sich im Kriegszustand zu befinden. So rechtfertigt sie auch ihre Blockade des Gaza-Streifens. Diese Genehmigungen scheiterten bei der Regierung von Gerhard Schröder auch in keinem Fall an den Grünen. Außerdem finden gerade schwere kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas statt, ohne dass deutsche Waffenlieferungen aufhörten. Dies bestätigte die Bundesregierung auch auf eine entsprechende Anfrage von Jan van Aken.

Das gilt aber auch für Waffenlieferungen vorher an den Irak, obwohl sich der Irak seit 2003 im Kriegszustand befindet. Das gilt für Waffenlieferungen in die Türkei im Jahre 2008, als deren Regierung mit 10.000 Soldaten eine blutige Offen-

sive gegen die PKK einleitete. Es gilt für Saudi-Arabien im Jahr 2010, als deren Armee im Jemen einmarschierte und kämpfte und schoss. Auch zu diesen Zeitpunkten wurden Waffen an die betreffenden Länder geliefert.

Wenn also viele so tun, als ob jetzt eine völlig neue Situation entsteht, ist das bedauerlicherweise falsch.

Es gibt sinnvollere Schritte als die Idee, dass der Bundestag über jeden Waffenexport entscheidet. Nach 1945 hätte die Politik entscheiden müssen, nie wieder an Kriegen verdienen zu wollen. Dies verlangte ein Gesetz zum Verbot von Waffenexporten. Aber wenn die Mehrheit dazu nicht bereit ist, wären doch wenigstens gravierende gesetzliche Einschränkungen erforderlich, z.B. das Verbot des Exports von so genannten Kleinwaffen, mit denen am meisten getötet wird, z.B. das Verbot, in Krisenregionen Waffen zu liefern, verbunden mit der Feststellung, dass der gesamte Nahe Osten eine Krisenregion ist. Dann wären Waffenexporte nicht nur in den Irak, sondern auch nach Saudi-Arabien, Katar, Algerien, Ägypten und Israel ausgeschlossen. Hinsichtlich der dann noch verbleibenden Waffenexporte könnte im Gesetz die Zuständigkeit des Bundestages für Genehmigungen geregelt werden. Mit solchen gesetzlichen Regelungen muss sich der Bundestag umgehend befassen.“

Rüstungsexporte aus Deutschland sind eine üble Erfolgsstory: Auch 2011 hat die Bundesrepublik bei diesen todbringenden Exporten wieder den 3. Platz hinter den USA und Russland erobert und überflügelt damit solche Rüstungsproduzenten wie Frankreich und Großbritannien. Ob Leopard-Panzer nach Saudi-Arabien und Indonesien, atomwaffenfähige U-Boote nach Is-

rael, ganze Panzerbaufabriken nach Algerien - die deutsche Rüstungsindustrie ist feste im Geschäft, mehr als je zuvor.

Im Jahr 2011 genehmigte die deutsche Regierung der Rüstungsindustrie sogar erstmals den Verkauf von mehr Waffen in Drittländern als in westliche Partnerstaaten. Die Bundesregierung hält die Lüge von der restriktiven Genehmigungspraxis aufrecht. Dabei wurden z.B. im Jahr 2011 von 17586 Anträgen auf Rüstungsexport ganze 105 abgelehnt.

Die Linke fordert ein gesetzliches Verbot aller Rüstungsexporte. Ohne jede Ausnahme. Als erste Schritte hin zu diesem Verbot fordern wir vier konkrete Verbote, die sofort umgesetzt werden sollen:

- 1. ein Verbot des Exports von Kleinwaffen (Sturmgewehre, Maschinenpistolen)**
- 2. ein Verbot des Exports von Waffenfabriken**
- 3. ein Rüstungsexport-Verbot für Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten**
- 4. keine staatliche Förderung, Finanzierung oder Absicherung von Rüstungsexporten**



Gregor Gysi
(Bundestagsfraktionschef)

Fraktion besucht Klinikum

TTIP

Am 04. August war DIE LINKE. Fraktion zu Gast im Klinikum Niederberg. Geschäftsführerin Frau Dr. Gesang erläuterte der Fraktion die Hintergründe zur Lage des Klinikums und die gemachten Fortschritte. Deutlich wurde, wie froh wir sein können, dass das Klinikum Niederberg in kommunales Krankenhaus ist. Hier müssen keine überzogenen Renditeerwartungen eines Investors erfüllt werden. So bleibt weiterhin Raum, Prioritäten in Richtung Gesundheitsversorgung, statt Profitmaximierung zu setzen.

Anschließend führte Frau Dr. Scholtes die Fraktion durch die neue Not-

aufnahme. Eine solche interdisziplinäre Notaufnahme, in der alle Erstuntersuchungen und Versorgung gemacht werden können, gibt es nur in 10% aller Krankenhäuser. Paradiesstück ist ein Notfallraum, in dem Platz für alle Spezialisten auch komplizierter Fälle (sogenannte "Multitraumata") ist.

Was so selbstverständlich und vernünftig klingt, ist ebenso wenig verbreitet, wie eine Notaufnahme mit eigener ärztlicher Leitung. Da hat das Klinikum Niederberg echt was vorzuweisen.

Harry Gohr
(Fraktionsvorsitzender)



Unsere Ratsmitglieder und sachkundigen BürgerInnen mit Frau Dr. Gesang und Frau Dr. Scholtes (rechts) vor dem Klinikum

Tunnel der Schande

Bei einem Gespräch mit Bürgern wurde unser Langenberger Bezirksausschussmitglied Wolfgang Gleibe mit dem Hinweis konfrontiert, dass sich der Namenspatron des Verkehrstunnels in Velbert-Langenberg, Dr. Hans Karl Glinz, als Inhaber der Firma SK & Co. im Dritten Reich die Hände schmutzig gemacht hat - und zwar bis weit über die Ellbogen.

Er wollte es erst nicht glauben. Doch er fragte in den zuständigen Archiven nach. Einige Tage später war klar, dass der Vorwurf der objektiven Wahrheit entspricht. Er fand gar Beweise, dass Glinz die Verantwortung für Leid und Tod von hundertn Häftlingen trägt. In

minutiöser Kleinarbeit trug er Fakten zusammen, informierte die Stadt und brachte die Angelegenheit in den zuständigen Bezirksausschuss ein. Eigentlich eine klare Sache, möchte man meinen. Die Erben haben inzwischen selbst die Umbenennung empfohlen. Es gibt nicht einmal Anwohner, die von einer Adressänderung betroffen wären. Doch von der Stadt kam keine Reaktion und der Ausschuss will erst weiter beraten. Zur kommenden Sitzung wird DIE LINKE. noch einmal alle Fakten zusammengefasst darlegen.

Sonja Spiekermann (Ratsfrau)

Seit Sommer 2013 laufen Verhandlungen zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Ziel ist die umfassende Liberalisierung des Handels und ein entscheidender Schritt zur weltweit größten Freihandelszone.

Doch der Widerstand wächst. Immer mehr bedrohliche Details sickern durch. Kurz vor der Europawahl hat das Bündnis "TTIP unfairhandelbar" gemeinsam mit Campact den deutschen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten mehr als 700.000 Unterschriften gegen TTIP überreicht. Eine europäische Bürgerinitiative wurde gestartet.

Um gemeinsam zu diskutieren, wie wir weiter gegen das gepante Freihandelsabkommen vorgehen wollen, laden wir zu einem Diskussionsabend ein.

Wann?

Am 12.09. um 18:00 Uhr

Wo?

Im Stadtverbandsbüro
(Offerstraße 14a, Velbert)

Aufgemerkt!

Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!

Unser Büro ist für Sie geöffnet:
Montags: 15:00 bis 17:00 Uhr
Mittwochs: 17:00 bis 18:30 Uhr
Donnerstags: 15:30 bis 17:00 Uhr
Telefon: 02051/932810

Schlüsselbund

Impressum Erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.
V.i.S.d.P für diese Ausgabe:
Joschka Baum und Ingrid Schween
Offerstraße 14a 42551 Velbert
buero@dielinke-velbert.de
www.dielinke-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor, Einsendungen zu kürzen.